

Anforderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zur Industriestrategie der Bundesregierung (BMWK) 2023

10. Februar 2023

Seite 1 von 2



Eine aktive Industriepolitik ist erforderlich, um die sozial-ökologische und digitale Transformation zu gestalten, dabei Gute Arbeit zu erhalten und zu schaffen und somit zu nachhaltigem Wohlstand beizutragen. Industriepolitik darf sich dabei nicht auf die Setzung von Rahmenbedingungen beschränken, sondern muss **aktives und strategisches Handeln des Staates** beinhalten. Der DGB begrüßt es daher, dass die Bundesregierung eine neue Industriestrategie erarbeitet.

Industriepolitik muss die **industrielle Basis in Deutschland erhalten und stärken**. Dabei müssen Wertschöpfungsketten ganzheitlich gedacht und gestärkt werden. Die Industrie zeichnet sich durch starke (auch regionale) Verflechtungen mit Zulieferunternehmen und Abnehmern sowie mit industrienahen Dienstleistungen aus. Diese oft komplexen Wertschöpfungsnetzwerke müssen berücksichtigt und gestärkt werden damit die Industrie als Ganzes erfolgreich ist.

Zentrales Ziel der Strategie muss es sein, **Gute Arbeit** für die Menschen zu schaffen. Es genügt nicht, gute Arbeitsbedingungen als Mittel zum Zweck der Fachkräftesicherung zu behandeln. Vielmehr muss die gesamte Strategie als ein zentrales Ziel auf Gute Arbeit ausgerichtet sein. Zugleich erleichtern Mitbestimmung und Tarifverträge Veränderungen und sorgen für eine innovative und nachhaltige Unternehmenskultur.

Staatliche Förderungen für Unternehmen müssen deshalb stets an **Bedingungen** geknüpft werden. Förderungen dürfen nur bewilligt werden, wenn Unternehmen im Gegenzug **Beschäftigungs- und Standortgarantien** geben und **Kriterien Guter Arbeit (z.B. Tarifbindung)** erfüllen. Solche Konditionierungen müssen auch in den Fällen gelten, in denen mehr privates als staatliches Kapital eingesetzt wird. Bei einer erfolgreichen Förderung von Projekten muss auch der Staat an den Erträgen aus den Investitionen beteiligt werden. Insbesondere mit Blick auf die Zielsetzung, Gute Arbeit zu fördern und entsprechende industriepolitische Förderprogramme zu konditionieren, lässt sich der *Inflation Reduction Act* der USA als gutes Beispiel nennen.

Regionen, die vom Strukturwandel besonders betroffen sind, brauchen eine besondere Förderung. In manchen Regionen haben bestimmte Cluster eine herausragende regionalwirtschaftliche Bedeutung und sind Unternehmen einzelner Branchen die einzigen großen Arbeitgeber. Hier muss die Förderung bereits dann einsetzen, wenn der Strukturwandel absehbar ist und nicht erst, wenn er bereits eingetreten ist. Eine solche **proaktive Strukturpolitik** sollte sozialpartnerschaftlich gestaltet werden (beispielsweise durch Transformationsräte oder -netzwerke) und regionale Perspektiven auch über die Industrie hinaus entwickeln und aktiv voranbringen.

Für die Dekarbonisierung und die langfristige Standortentwicklung der Industrie ist die Verfügbarkeit von **erneuerbaren Energien** (EE) verlässlich und zu international wettbewerbsfähigen Preisen notwendig. Der DGB fordert deshalb seit Längerem einen Industriestrompreis, damit insbesondere energieintensive Produktionsprozesse am Standort gehalten und transformiert werden können. Der Ausbau von EE-Produktionskapazitäten, Erzeugungsanlagen und notwendiger Netzinfrastruktur ist industriepolitisch daher mit höchster Priorität zu verfolgen. Eine Industriestrategie muss darauf zielen, bestehende Hindernisse für einen beschleunigten Ausbau (Investitionsunsicherheit, lange Planungs- und Genehmigungsverfahren, sowie mangelnde Kapitalverfügbarkeit, Verfügbarkeit von

Verantwortlich: Stefan Körzell, Mitglied im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand

Kontakt: Dr. Ingmar Kumpmann, Abteilung Struktur,- Industrie- und Dienstleistungspolitik, Ingmar.Kumpmann@dgb.de

Anforderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zur Industriestrategie der Bundesregierung (BMWK) 2023

10. Februar 2023

Seite 2 von 2



Fachkräften, Komponenten- und Fertigungskapazitäten) abzubauen. Dies umfasst auch die gezielte Ansiedlung von europäischen Produktionskapazitäten für Photovoltaik und Windturbinen.

Die Transformation erfordert **umfangreiche staatliche Investitionen in Technologien und Infrastruktur** und zusätzliche Anreize für private Investitionen. Um die Potenziale der Digitalisierung für die Industrie und die Volkswirtschaft insgesamt zu erschließen, sind deutlich mehr Investitionen in die digitale Infrastruktur erforderlich. Zur Erreichung der Emissionsminderungsziele im vom Klimaschutzgesetz (KSG) avisierten Zeitraum sind vor allem in den Sektoren Energie, Gebäude und Mobilität/Verkehr enorme Bau- und Infrastrukturinvestitionen notwendig. Eine leistungsfähige Bauwirtschaft mit ausreichenden Kapazitäten und qualifiziertem Personal ist hierfür in hohem Maße erfolgskritisch. Auch vor dem Hintergrund der aktuell schwierigen konjunkturellen Lage am Bau wirft dies die Frage auf, wie vorhandene Kapazitäten in der Branche abgesichert werden können. Deren Fehlen wird andernfalls zu einem gravierenden Hemmnis für die klimaneutrale Transformation. Das BMWK wird darum gebeten darzustellen, wie diese Herausforderungen aus Sicht der Bundesregierung bewältigt werden sollen.

Bei den notwendigen Investitionen in die Transformation braucht es auch einen entsprechenden Handlungsrahmen, der eine aktive Industriepolitik ermöglicht. Dazu braucht es eine Reform des **EU-Beihilferechts** und der **Schuldenregeln**, damit sie eine erfolgreiche Transformation und die Schaffung Guter Arbeit befördern und nicht konterkarieren.

Die Transformation erfordert zusätzliche **qualifizierte Fachkräfte**. Um das Fachkräftepotenzial zu heben, ist es notwendig, die Schulabbrecherquote zu senken, mehr in die Ausbildung zu investieren, eine Ausbildungsgarantie (mit individuellem Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz) einzuführen, die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu verbessern und Qualifizierungsangebote für alle Beschäftigten (auch ältere und solche ohne Ausbildungsabschluss) massiv auszubauen.

Angesichts bereits unvermeidbaren bzw. schon eingetretenen Klimaveränderungen muss eine Industriestrategie auch **Maßnahmen zur Klimaanpassung** enthalten. Dabei müssen Herausforderungen durch erhöhte Unwettergefahr, sinkende Grundwasserspiegel, die Zunahme heißer Sommer usw. sowie deren Folgen für industrielle Produktion und für Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutz adressiert werden.

Notwendige staatliche Programme zur Förderung der Transformation und Guter Arbeit sollten sich nicht gegen andere Volkswirtschaften richten. Deshalb ist die Einbettung der deutschen Industriestrategie in **eine gesamteuropäische Industriestrategie** sinnvoll. Notwendig ist es, in Kooperation mit wichtigen Handelspartnern die Dekarbonisierung der Industrie global zu schaffen.

In den letzten Jahren ist durch häufige Lieferketten-Probleme die Verletzlichkeit von Produktionsprozessen durch die Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten deutlich geworden. Um die Resilienz der Produktion zu verbessern, **müssen Lieferketten diversifiziert werden**. Damit ist nicht gemeint, die internationale Arbeitsteilung abzubauen, sondern die Abhängigkeit von einzelnen Anbietern zu reduzieren und Produktionsprozesse, vor allem von lebenswichtigen Produkten, zu sichern. Dies schließt die Wiederansiedlung von Produktion in Europa ein, beispielsweise bei Arzneistoffen.

Verantwortlich: Stefan Körzell, Mitglied im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand

Kontakt: Dr. Ingmar Kumpmann, Abteilung Struktur,- Industrie- und Dienstleistungspolitik, Ingmar.Kumpmann@dgb.de